

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Tagesblatt Riesa.  
Nummer Nr. 20

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riechen.

Postfachkonto: Dresden 1590  
Circulose Riesa Nr. 52.

Nr. 200.

Mittwoch, 27. August 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (8 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Reklameweile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag vorab, durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant bezahlt. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gortelstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

## Die Regierung unterzeichnet auf jeden Fall.

Berlin. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, wird die Reichsregierung am 30. August auf jeden Fall die Londoner Abmachungen unterzeichnen. Sie glaubt die Unterschrift umso eher leisten zu können, als die erforderliche Mehrheit für die Ratifizierung der Londoner Abmachungen gesichert ist. Lediglich die für das Eisenbahngesetz erforderliche Zweidrittel-Mehrheit erscheint gefährdet. Die Reichsregierung ist der Auffassung, daß es ihre Pflicht ist, für die sofortige Durchführung der Londoner Vereinbarungen Sorge zu tragen, zumal alle maßgebenden Verbände der deutschen Wirtschaft, ganz besonders die Industrie der besetzten Gebiete, dringend die Annahme der Londoner Abmachungen gefordert haben. Die Reichsregierung wird darauf hinweisen, daß mit wenigen Ausnahmen die gesamte deutsche Wirtschaft ihre Zustimmung zu der Unterschrift gegeben hat.

Trotz dieser klaren Stellungnahme des Reichskabinetts besteht die große Gefahr, daß die Reichsregierung nicht in der Lage sein wird, im Falle einer deutsch-nationalen Ablehnung die Durchführung der Londoner Abmachungen zu sichern. Wenn die Gegenparteien erklären sollte, daß die ordnungsmäßige Verabschiedung der deutschen Ausführungs-gesetze nicht erfolgt ist, so können sich daraus schwere Komplikationen ergeben. Die Rechtslage ist so, daß die Reichsregierung die Verpflichtung übernommen hat, bis zum 30. August die Ausführungs-gesetze zum Schwereinständigen-Gutachten durch das deutsche Parlament zur Verabschiedung zu bringen. In den Kreisen des Auswärtigen Amtes glaubt man zu wissen, daß die französische Regierung Deutschland keine Schwierigkeiten bereiten würde. Vielmehr dürfte Frankreich aus einer verspäteten Verabschiedung des Eisenbahngesetzes keine Konsequenzen ziehen, falls die deutsche Regierung sofort die Neuwahlen aus-schreiben sollte.

## Reise Stresemanns nach London?

Berlin. In den Berliner Regierungskreisen hält man es für wahrscheinlich, daß Minister Dr. Stresemann persönlich nach London fahren wird, um die deutsche Unter-schrift zu leisten. Es ist zwar in Aussicht genommen, daß der deutsche Votivkaiser in London Dr. Schamer das Protokoll unterschreibt, aber neuerdings hat der Außen-minister den dringenden Wunsch, den englischen Premier-minister noch vor seiner Abreise nach Genf zu sprechen, da in England gewisse Strömungen im Gange sind, die sich gegen die Durchführung der Londoner Beschlüsse richten. Die Haltung dieser englischen Kreise ist außerordentlich zweideutig und gibt der Reichsregierung zu den ernsthaftesten Besorgnissen Anlaß. Dr. Stresemann hat durch den deutschen Votivkaiser zu MacDonald gewisse Fragen richten lassen. Wenn sich dabei die Zweckmäßigkeit einer noch-maligen persönlichen Aussprache zwischen MacDonald und Dr. Stresemann ergeben sollte, so wird der Außenminister am Freitag die Reise nach London antreten.

## Kompromißverhandlungen mit den Deutschnationalen.

Berlin. Die Regierungsparteien sind bestrebt, gleich-zeitig mit der Verabschiedung der Londoner Gesetze eine Resolution zur Annahme zu bringen, in der die Auffassung des Reichstages zu der militärischen Räumungsfrage zum Ausdruck kommt. Diese Resolution soll auch den Deutsch-nationalen Gelegenheit geben, für die Londoner Abmachungen zu stimmen, da in ihr die Reichsregierung aufgefordert wird, in der militärischen Räumungsfrage weitere Schritte zu unternehmen, damit die unersüßliche militärische Räu-mung noch nachträglich erzielt werden kann. Die Haltung der Regierungsparteien gegenüber den Deutschnationalen ist außerordentlich entgegenkommend und es erscheint im gegenwärtigen Augenblick nicht ganz ausgeschlossen, daß noch im Laufe des Mittwoch eine völlige Entspannung der parlamentarischen Lage eintritt.

## Vor der Reichstagsauflösung?

Berlin. Alle Versuche, die gestern im Reichstages von verschiedenen Seiten gemacht worden sind, um die Deutschnationalen zu einer Haltung zu bewegen, die die Verabschiedung der Dawes-Gesetze nicht gefährdet werden kann, haben zu keinem Resultat geführt. Die von der Deutschen Volkspartei eingebrachten Anträge trübten die Räumung und eine sachgemäße Handhabung und Aus-legung des Rheinlandsabkommens sind nach einer partei-offiziellen Mitteilung der Deutschnationalen von diesen nicht als vollständig genügend anerkannt worden, weil sie in das Mantelgesetz nur eine Aufforderung an die Regierung auf-nahmen, auf dieses Ziel hinzuwirken. Vom deutsch-nationalen Standpunkt aus sei zu fordern, daß die Er-reichung dieser Ziele eine Bedingung für das Inkrafttreten des Gesetzes sei. Auch die Resolution der Deutschen Volkspartei über die Kriegsschuldfrage erscheint den Deutsch-nationalen nicht als ausreichend. Der Antrag des Abg. Dr. Bredt (Wirtsch. Wp.) betr. die Aufhebung des ver-fassungsändernden Charakters des Eisenbahngesetzes dürfte nicht die Mehrheit des Reichstages finden, da auch die Sozialdemokraten gegen ihn stimmen werden. Auch die Reichsregierung soll gestern in einer Kabinettsitzung ihren Standpunkt, daß man für das Eisenbahngesetz eine Zwei-drittelmehrheit verlangen müsse, bestätigt haben. Alles in allem sieht man jetzt keine andere Möglichkeit als die Auflösung des Reichstages.

## Zweite Lesung der Gutachtenvorlagen.

### Deutscher Reichstag.

26. August 1924.

(Fortsetzung unseres gestrigen Berichts.)

Nach Beendigung der Aussprache über die erste Gruppe der Gutachtenvorlagen, über die Bankgesetz, wurde be-schlossen, daß die Abstimmung heute Mittwoch erfolgen soll.

### Die Industrie-Gesetze.

Es folgt die zweite Lesung der zweiten Gruppe der Vorlagen, des Industrieerleichterungsgesetzes und des Auf-bringungsgesetzes.

Abg. Schneider (Dp.) beantragt, landwirtschaftliche Betriebe auch dann von der Auflage zu befreien, wenn sie zu industriellen und gewerblichen Betrieben überden. Ferner soll die Regierungsvorlage wieder herabgesetzt werden, wonach auch die merceden Betriebe des Reiches, der Länder und Gemeinden befreit werden. Unter den weiteren, von dem Redner begründeten Anträgen ist auch eine Entschleunigung, wonach bei demnächstiger Verringerung des Einkommensteuer-Gesetzes die Abzugsfähigkeit der nach dem Aufbringungsgesetz zu zahlenden Jahresleistungen und Zuschläge von steuer-pflichtigen Jahreseinkommen voraussehen ist.

Vizepräsident Dr. Dell erteilt nachträglich dem Abg. Feder (Nat.-Soz.) wegen schwerer Verletzung des Reichs-bankpräsidenten und der Reichsregierung einen Ordnungsruf. Feder hat u. a. davon gesprochen, daß der Reichsbank-präsident sich offensichtlich habe betreten lassen.

Abg. Dr. Lehmann (Dp.) bezeichnet es als unmöglich, daß die geforderte und gewünschte deutsche Industrie im Frieden habe nur 4,6 Milliarden Mark be-tragen. Der Redner unterstützt die Anträge des Abg. Dr. Schneider, die aus Anregungen der Deutschnationalen im Ausschuss hervorgegangen seien.

Ein kommunistischer Antrag, alle ausgeschlossenen und inhaftierten Abgeordneten zur Abstimmung über die Gutachtenvorlagen zuzulassen, kann nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden, da Widerspruch erhoben wird.

Abg. Frau Zander (Soz.) wirt der Industrie vor, sie habe in der Inflationszeit die Maschinen enteignet. Darum sei es nur gerecht, wenn sie jetzt zu den Lasten kräftig heran-gezogen werde.

Abg. Roosen (Komm.) bezeichnet die Gutachten-Gesetze als nationalen Verrat.

Abg. Schröder-Mecklenburg (Nat.-Soz.) erklärte gegen-über den von den Mittelparteien erhobenen Vorwürfen, daß durch die von seinem Freund Feder gemachten Vor-schläge und durch die kommunistischen Sozialisierungs-anträge bessere Aussichten gegeben seien. Der Redner erinnert an Schaner und protestiert gegen die Verklöbung des deutschen Volkes.

Abg. Dr. Weder-Pessen (Dp.) stellt fest, daß die Industrie gewillt sei, die größten Opfer zu bringen. Das Märchen von der Verklöbung der deutschen Industrie sollte man der Linken nicht nachplappern. Man könne doch nicht ernstlich glauben, daß die deutsche Industrie für eine Anleihe von 800 Millionen ihre Freiheit verkaufen würde. Damit schließt die Aussprache über die Industrie-Vorlagen.

### Das Reichsbahn-Gesetz.

Es folgt dann die Beratung der dritten Gruppe der Vorlagen, des Reichsbahn-Gesetzes und des Reichsbahn-personal-Gesetzes.

Abg. Schumann (Soz.) vermahnt seine Partei gegen den kommunistischen Vorwurf des Arbeiterverrats. Inzwischen sind zum Mantelgesetz eine Reihe von An-trägen eingegangen. Ein volksparteilicher Antrag

### Regelung der Regierungsfrage bis zum Herbst.

Berlin. Wie aus führenden volksparteilichen Kreisen verlautet, ist man innerhalb der Volkspartei entschlossen, die Frage einer Umbildung der Reichsregierung nach im Laufe dieses Herbstes aufzurollen. Die Deutsche Volkspartei ist der Meinung, daß es lediglich die Aufgabe der Regie-rung Marx-Stresemann war, die außenpolitischen Angelegen-heiten unter Fach und Fach zu bringen. Wenn dies er-folgt sei, so sei nicht der geringste Grund mehr vorhanden, sie als Minderheitsregierung fortbestehen zu lassen. Nach der Lösung der außenpolitischen Aufgabe ergebe sich die dringende Notwendigkeit, für eine ausreichende parlamen-tarische Mehrheit zu sorgen und dieses könne nur auf dem Wege der Hinzuziehung der Deutschnationalen zur Regie-rung geschehen. Eine Wiederherstellung der Koalition mit der Sozialdemokratie würde für die Deutsche Volkspartei gegenwärtig nicht in Frage kommen.

### Bevorstehender Räumungsbeginn?

London. Der Daily Express meldet aus Brüssel: Die belgische Regierung werde die sogenannten Offenst-ruppen einschließlich Tanks und schwerer Artillerie für die nächste Woche aus dem Ruhrgebiet abzurufen und nur so-genannte Politztruppen zurücklassen. Falls die Engländer die Kölner Zone räumen, würden die Belger gleichzeitig abziehen. Andere Gebiete sollen von den Franzosen bereits in den nächsten Wochen geräumt werden.

fordert, daß die Reichsregierung darauf hinwirke, daß die widerrechtlich besetzten Gebiete so rasch wie möglich, jeden-falls aber erheblich vor dem 15. August 1925 geräumt werden, daß die Kölner Zone unter allen Umständen am 10. Januar 1925 geräumt und daß Sicherheit dafür ge-schaffen wird, daß die Besatzungsbehörden künftig ihre Be-zugnisse nicht überschreiten. — Ein weiterer volkspartei-licher Antrag wünscht eine Einigung, wonach die Gut-achten-Gesetze außer Kraft treten sobald die Reichsregierung feststellt, daß die Verträge über die Anleihe von 800 Mil-lionen Goldmark nicht zustande kommen. — Eine Ent-schleunigung des Zentrums fordert, daß bei den Ueberlei-tungsverhandlungen auf eine Revision aller von der Rheinland-Kommission erlassenen Anordnungen und auf die Zurückführung des Okkupationsregimes auf das für die Sicherung der Besatzungsstruppen unerlässliche Maß hingewirkt werde.

Abg. Dr. Brüning (Ztr.) verlangt Sicherung der Rechte des Eisenbahnpersonals.

Zum Mantelgesetz sind weiter noch zwei volksparteiliche Entschleunigungen über die Schuld-frage und über die handelsvertraglichen Ver-handlungen eingegangen. In der ersten wird der feierliche Einspruch gegen die im Berliner Vertrag fest-gestellte deutsche Kriegsschuld erneuert und die Reichs-regierung aufgefordert, diese Rechtsverwahrung bei jeder Gelegenheit zum Ausdruck zu bringen. — In der zweiten Entschleunigung wird betont, daß die Handelsvertragsver-handlungen mit Frankreich und Belgien nicht unter dem Druck der fortwährenden militärischen Besetzung der wider-rechtlich besetzten Gebiete stehen dürfen und daß der Reichstag einem unter solchen militärischen Druck zu-standgekommenen Handelsvertrag nicht zustimmen würde. Eine Zentrumsentschleunigung zum Auf-bringungsgesetz wünscht, daß die Freigabe mit Rücksicht auf die besonders schwierige Lage der kleineren gewerblichen Unternehmungen nicht unter 20000 Mark fest-gesetzt werde.

Abg. Groß (Ztr.) erörtert Eisenbahnpersonalfragen. Hier seien alle Parteien einig.

Abg. Rosenberger (Komm.) glaubt, daß die Her-stellung einer bürgerlichen Einheitsfront bereits im Gange sei. Der Redner übt scharfe Kritik an der Haltung der Sozialdemokratie, die immer mehr zu einer Hilfstruppe des Kapitalismus geworden sei.

Reichsverkehrsminister Deser, der von den Kommunisten mit Farn empfangen wird, wendet sich gegen Angriffe, die der Abg. Dr. Rosenberger gegen den Staats-sekretär Bergmann gerichtet hat. Bergmann habe in Lon-don und Paris dem Heide wertvolle Dienste geleistet. Darauf wird die Beratung abgebrochen.

Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr. Fortsetzung der zweiten Beratung der Gutachten-Gesetze. Schluß nach 9 Uhr.

### Das Reichskabinett lehnt den Antrag Bredt ab.

Berlin. Das Reichskabinett ist gestern abend nach der Bemerkung des Reichstages zu einer Beratung zu-sammengetreten, in der es sich in erster Linie um den An-trag Bredt wegen der Aufhebung des verfassungändernden Charakters des Eisenbahngesetzes handelte. Die Juristen beurteilen dieses Gesetz betreffend seines verfassungsändernden Charakters nicht einheitlich. Die Regierung hat sich jedoch von vornherein, wahrscheinlich aus politischen Gründen, auf den Standpunkt gestellt, daß man für dieses Gesetz eine Zweidrittelmehrheit verlangen müsse. Wie wir hören, ist dieser Standpunkt in der gestrigen Kabinettsitzung be-stätigt worden, so daß der Antrag Bredt von der Regierung nicht gebilligt werden wird.

### Verstärkte Militärkontrolle?

Berlin. Der Chef der ältesten Kontrollkommission General Wald ist Montag früh zufolge Beratung durch den Kriegsminister Nollet nach Paris abgereist. Der Pariser Temps hatte Sonntag früh verraten, daß Kriegs-minister Nollet einen neuen Plan der verstärkten Militär-kontrolle, der auch die deutsche Luftschifffahrt einschließt, schon am Freitag dem Obersten Rat der Nationalverteidi-gung unterbreitet hat.

### Deutschland soll sich an der 800-Millionen-Anleihe beteiligen.

Paris. Der Präsident der New Yorker National City-Bank, Mitchell, der sich zurzeit in Paris aufhält, hat einem Vertreter der „Chicago Tribune“ erklärt: Die beste Möglichkeit, die 800-Millionen-Anleihe zugänglic zu machen, bestehe darin, daß sich Deutschland an der Anleihe beteilige. Tatsache sei, daß je rascher und gründ-licher in Europa die geschäftliche Seite der Reparations-frage und des europäischen Wiederaufbaus von der Politik getrennt werde, um so besser es für alle beteiligten Faktoren sein würde. Der amerikanische Geldgeber bekunde wachsende Bereitschaft, sein Kapital in ausländischen Wapieren anzu-legen. Aber diese würde streng auf ihren Wert hin be-schränkt werden.